

Bundesministerium für Arbeit
zHd Ministerin Nahles,
Wilhelmstraße 49
10117 Berlin

Timothy Speed

01.09.15

Offener Brief zum Fall Ralph Boes

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Nahles,

Ihre parlamentarische Staatssekretärin Gabriele Lösekrug-Möller sagte kürzlich in einem persönlichen Gespräch gegenüber Inge Hannemann und der Bloggerin Christel T., in Bezug auf den Fall des sterbenden Aktivisten Ralph Boes: „*Wir sind uns keiner Unterlassung bewusst.*“ Danach ging sie davon, um nicht öffentlich in dieser Haltung korrigiert zu werden.

Unterlassung setzt Wissen voraus. Ich stelle hiermit klar, dass Sie und Ihre Staatssekretärin seit Jahren über schwere Missstände informiert sind und es seit Jahren auf fahrlässige Weise unterlassen, die bewusste Gefährdung von Menschenleben in Hartz IV zu beenden.

Ralph Boes ist, ich wiederhole es für die Öffentlichkeit und den Generalstaatsanwalt Rother, ein politischer Aktivist, der seit Jahren in aller Öffentlichkeit gegen unmenschliche Bedingungen und schwere Misshandlung von Betroffenen, im Rahmen von Hartz IV, kämpft. Wegen einer 200% Sanktionierung, die man ihm in Ausübung seiner politischen Arbeit antat, droht er nun öffentlich zu verhungern. Viele Medien wie Junge Welt, TAZ, oder Der Freitag haben darum bereits positiv über die Arbeit von Boes berichtet. Auch der Spiegel hat dazu mehr Informationen angefragt.

Dass Menschen aus politisch nachvollziehbaren Gründen Widerstand gegen Behörden leisten, ist in der Demokratie vorgesehen und von der Zivilgesellschaft erwünscht. Wir haben nur darum eine Demokratie, weil Menschen sich dem Unrecht mutig in den Weg stellen, da Regierungen nicht unfehlbar sind.

Es ist Ihnen und Frau Lösekrug-Möller darum natürlich bewusst, dass Hartz IV zu den umstrittensten Gesetzen unserer Generation gehört. Die in der Öffentlichkeit sehr bekannte Hartz IV Expertin Inge Hannemann hat dazu bei einer Anhörung im Bundestag gesprochen und beispielsweise das Buch „Die Hartz IV Diktatur“ bei Rowohlt publiziert. Auch meine Arbeit dazu (Stärke in der Armut) ist Ihnen seit Jahren bekannt. Der Armutsexperte Butterwegge sieht, wie Sie wissen, Hartz IV genauso kritisch, wie viele Gewerkschaften, Verbände und die Partei Die Linke. Katja Kipping hat Sie kürzlich als Vertreterin der parlamentarischen Opposition zum Handeln im Fall Boes aufgefordert.

Während Sie sich keiner „Unterlassung“ bewusst sind und sich angeblich immer nur an die Gesetze halten, fühlte die ehemalige Präsidentschaftskandidatin Ihrer Partei, Gesine Schwan, sich innerlich verpflichtet, Ralph Boes vergangene Woche persönlich aufzusuchen, um zu erfahren, wie die Behörden hier einen Menschen in den Tod treiben. Wie kann es sein, dass Sie sich keiner „Unterlassung“ bewusst sind, wenn selbst hoch angesehene, politische Persönlichkeiten, die nicht wie Sie für Hartz IV verantwortlich sind, sich verpflichtet fühlen, hier Verantwortung zu übernehmen und einzuschreiten?

Ja, Frau Nahles, Sie behaupten sich an die Gesetze zu halten. Ja, Sie kennen diese Gesetze angeblich sehr gut. Nach dem Gesetz sind Sie, wenn man diese einseitig zu Gunsten der Regierung und gegen die Betroffenen auslegt, die Verfassung dabei übersieht, nicht schuldig. Sollte Ralph Boes in wenigen Tagen, wie viele andere Betroffene auch, tot sein, trifft sie juristisch betrachtet offenbar keine Schuld. Das klarzustellen ist in den letzten Monaten das einzige gewesen, was Ihnen wichtig war.

Für Ihre PressesprecherInnen geht es seit Wochen nur darum Sie Frau Bundesministerin Nahles als unschuldig darzustellen. In dieser ganzen Zeit haben Sie kein einziges Wort mit Ralph Boes gewechselt, oder sich seinen wichtigen Kritikpunkten am System Hartz IV gestellt.

Es wurde nichts unternommen, um ihn von diesem Leid zu befreien, denn dies wäre ein Schuldeingeständnis gewesen.

Angesichts von unfassbar vielen Gerichtsverfahren pro Jahr ist es grob fahrlässig, einfach davon auszugehen, daß das Jobcenter Berlin Mitte das Gesetz einhält. Ebenso fahrlässig ist es, sich bei einer Prüfung allein auf die Aussagen des Jobcenters zu verlassen, ohne die Akten selbst zu prüfen und den Betroffenen zu hören. Da Herr Boes die Akten komplett im Internet veröffentlicht hat, wäre eine Prüfung ein leichtes gewesen.

Ich stelle fest, dass es Ihnen eben nicht um die Einhaltung der Gesetze geht, da Ihnen bereits mehrfach nachgewiesen wurde, dass Ihre Behörden gegen Gesetze verstoßen, Sie aber keinerlei Untersuchung anordneten, sondern allein darum, sich selbst darzustellen, als eine PolitikerIn, die in jedem Fall nach Recht und Gesetz

handelt. Das ist ein gewaltiger Unterschied. Die eine Haltung ist von Offenheit und Transparenz geprägt, die andere von Zurückhaltung, Beschönigung, Vertuschung und Distanz.

Darum gibt es keine transparente Untersuchung der Vorfälle, sondern lediglich Erklärungen Ihrer Unschuld. Das Verhalten Ihres Ministeriums ist nur noch davon gezeichnet, sich unangreifbar zu machen.

Das Schreiben Ihrer Pressesprecherin an mich, war in dieser Hinsicht ein PR-Desaster. Darum antwortet das Ministerium nun nur noch in vorgefertigten Formulierungen. Ihre „Abteilung für strategische Kommunikation“ verweigert sich auf diesem Weg bewusst dem Bürger, verweigert sich der lebendigen Auseinandersetzung. Offenbar haben Sie kein Vertrauen in den Rechtsstaat, sondern müssen sich in dieser Frage vor der Öffentlichkeit verstecken.

Genau das wird Ihnen nun zum Verhängnis. Genau das illustriert Ihre Rücksichtslosigkeit und Ignoranz und ich fordere den Generalstaatsanwalt auf, Sie daran zu erinnern, dass Ihnen dieses Amt nicht zu ihrem persönlichen Vorteil verliehen wurde, sondern um damit respektvoll für die BürgerInnen dieses Landes und mit ihnen zusammen an humanen Lösungen zu arbeiten. Gerade mit denen zusammen, die nicht ihrer Meinung sind.

Darum ist es irritierend, wenn Ihre Staatssekretärin und Ihre Pressesprecherin Daldrup sich verhalten, als sei das Gesetz der Maßstab Ihres Handelns, als sei man als Regierung gezwungen sich an diese Gesetze zu halten, auch wenn der Preis dafür der Tod von Menschen ist, während es tatsächlich die politische Verantwortung gegenüber der Bevölkerung wäre, der Sie hier längst nachzukommen haben. Die Verantwortung Gesetze zu ändern, wenn diese nachweisbar zu Todesfällen führen. Sie haben die Pflicht Bedenken der Zivilgesellschaft ernst zu nehmen. An diesem Verhalten erkennt der Bürger den Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur.

Weil demokratische Politiker mit sich reden lassen, weil sie Kompromisse erarbeiten, die Schwachen schützen und alle Bevölkerungsgruppen integrieren. Dass Sie und Ihre Mitarbeiter den Diskurs mit WissenschaftlerInnen, KünstlerInnen, JournalistInnen und politischen AktivistInnen im Bereich Hartz IV seit Jahren fast komplett verweigern, zeugt von demokratischer Unreife und ist ein unfassbarer Schlag gegen die freie Zivilgesellschaft und die demokratische Kultur.

In der Regel ist der Tod eines oder gar mehrerer Menschen, von einem Gesetz impliziert, ein erheblicher Grund, um ein Gesetz in Frage zu stellen. Sie haben auch die Pflicht, die Verwaltungen und Behörden in ihrem Bereich konkret im Auge zu behalten, und bei derart groben Fehlentwicklungen einzuschreiten, wie der Vollsanktionierung eines Menschen über zwei Jahre eine darstellt.

Ja, Sie sind anscheinend nicht juristisch Schuld am Tod von Ralph Boes. Aber Sie sind schuldig, weil Sie durch Ihr Verhalten den Rechtsstaat erheblich beschädigt haben. Sie sind schuldig, weil Sie Ihre eigene Karriere vor das Wohl eines Menschen stellten. Sie sind schuldig, weil Sie sich der Zivilgesellschaft und ihren Vertretern in Presse, Kunst und politischer Opposition verweigern und längst überfällige, demokratische Prozesse blockieren.

Natürlich gibt es auch Gegenstimmen in Ihrem Sinne. Nicht nur der Staatsanwalt Heininger, die Staatsanwältin Suárez oder der Oberstaatsanwalt Raupach haben mir gegenüber darauf hingewiesen, dass Sie nicht in der Garantenpflicht stehen. Also nicht zuständig und verpflichtet sind Menschenleben, die in Konsequenz der Regelungen von Hartz IV gefährdet werden, um jeden Preis zu schützen. Diese Ausführungen der Staatsanwälte wurden in vielen Schreiben widerlegt, auf die Sie nicht eingehen wollen. Um die Richtigkeit Ihrer Position zu beweisen sind viele Steuergelder verschwendet worden. Mittlerweile sind drei Generalstaatsanwälte in drei Bundesländern wegen öffentlichen Zweifeln an Ihrer Sichtweise damit beschäftigt, vermutlich wegen ihrer Weisungsbindung, in Ihrem Sinne, Argumente zu finden, um auf jeden Fall sicher zu stellen, dass es vollkommen legal ist, Menschen verrecken zu lassen, weil sie anderer Meinung sind und nicht das tun, was man von ihnen erwartet. Ohne Richterspruch, ohne Anhörung über Hintergründe und tiefere, vielleicht sogar richtige und wichtige Motive, wird das auch von der UNO verbrieft Grundrecht des Menschen von Ihnen einfach aufgehoben. Im Zweifel Vollsanktion. Dann löst sich das Problem von selbst.

Ja, Frau Bundesministerin, wir haben verstanden! Unser Fehler. Wir sind von politischer Verantwortung ausgegangen und wussten nicht, dass es durch die Arbeit Ihrer Partei legal geworden ist, unschuldige Menschen in die Obdachlosigkeit zu treiben und Andersdenkende indirekt zu töten.

Die Journalistin Susan Bonath stellte Ihrem Ministerium in einer offiziellen Presseanfrage acht Fragen zur Rechtmäßigkeit des Todes von Ralph Boes. Für den Generalstaatsanwalt Rother halte ich fest, dass Ihre Pressesprecherin Daldrup und deren Vertreterin, obwohl Sie von Inge Hannemann und mir in zwei offenen Briefen über die Ungültigkeit der Essensgutscheine und über zahlreiche andere Unrechtmäßigkeit informiert wurden, sich weiterhin darauf berufen, den Gesetzen zu folgen und nicht aktiv geworden sind, um jene zweifelhaften Sanktionen, an denen Ralph Boes aktuell stirbt, zurückzunehmen, oder gültige Essensgutscheine auszustellen. Trotz der erheblichen Spielräume in den Behörden, wurden diese aus politischen Gründen nicht genutzt. Man nimmt lieber den Tod von Ralph Boes und Anderen in Kauf, als Hartz IV zur Diskussion zu stellen.

Frau Bonath hat beispielsweise darauf hingewiesen, dass hier das Schikaneverbot nach BGB (§226) anzuwenden wäre. Keine Reaktion aus dem Ministerium. Sie verwies auf BverfG (2/2010; 7/2014), wonach das soziokulturelle Existenzminimum in jedem Fall zu sichern ist. Keine Reaktion aus dem Ministerium. Bonath schreibt weiter: „Das Sozialgericht in Berlin stellte Anfang Juli einen Formfehler bei der ersten Sanktion fest. Nach dem Sanktionsbescheid sei kein neuer Leistungsbescheid mit der geminderten "existenzsichernden" Leistung ergangen.“

Ein aufgehobener Sanktionsbescheid hätte im Fall Boes zur Folge, dass auch Nachfolgebescbeide aufgehoben werden müssten, da sie infolge rechtswidrig wären. Wie ist das Jobcenter Berlin Mitte damit umgegangen?“ Aus dem Ministerium wieder keine Reaktion, obwohl Boes in nur wenigen Tagen sterben könnte.

Auf abgeordnetenwatch.de wurden Ihnen folgende Fragen bezüglich der unbrauchbaren Essensgutscheine gestellt.

„Womit rechtfertigen Sie, dass Herr Boes seine Würde und sein Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung an der Supermarktkasse gegen das Recht zu Leben aufgeben muss?“

„Der Verfassungsgrundsatz "Keine Strafe ohne Schuld" (nulla poena sine culpa), welcher nach Aussagen des Bundesverfassungsgerichts "in der Garantie der Würde und Eigenverantwortlichkeit des Menschen (Art. 1 Abs. 1 GG und Art. 2 Abs. 1 GG) sowie im Rechtsstaatsprinzip verankert" ist, "gebietet, dass Strafen oder strafähnliche Sanktionen in einem gerechten Verhältnis zur Schwere der Tat und zum Verschulden des Täters stehen müssen". "Er schließt die strafende oder strafähnliche Ahndung einer Tat ohne Schuld des Täters aus." (vgl. BVerfG, 2 BvR 564/95 vom 14.01.2004, Rz. 57) – Was genau hat sich Herr Boes zuschulden kommen lassen, um innerhalb ihres Verantwortungsbereichs mit dem Entzug der Würde und mit dem Tod bestraft zu werden?“

„Ist Ihnen bewusst, dass die Untergrabung von Verfassungsgrundsätzen (hier auch "Sozialstaatsprinzip" (Art. 20 Abs. 1 GG) gemäß § 81 StGB i.V.m. § 92 Abs. 3 Nr. 3 StGB eine strafbare Handlung darstellt, vor der Sie auch Ihre Immunität als Abgeordnete nicht schützt?“

Auf all diese Fragen haben Sie nicht reagiert.

Stattdessen versucht die Marketingabteilung des Ministeriums eine unfassbar verlogene Haltung zu legitimieren. Man „bedauere“ Ralph Boes, man simuliere Menschlichkeit in der öffentlichen Selbstdarstellung, während gleichzeitig jede menschliche, würdevolle Hilfe verweigert wird. Mit einem scheinbar liebevollen Lächeln, mit einer gestellt fürsorglichen Haltung gegenüber Recht und Gesetz, wird mit voller Brutalität gegen Tausende vorgegangen, weil sie durch das Raster gefallen, kritische Fragen gestellt haben, oder schlicht dort nicht reibungslos funktionieren können, wo von Seiten der Wirtschaft weiterhin Verbrechen an der Menschheit begangen, Menschen ausgebeutet, in ihren Grundrechten getreten und strukturell enteignet werden.

Wir sehen was Sie tun. Wir dokumentieren es. Wir machen es öffentlich. Wir werden Sie dafür zur Verantwortung ziehen!

MfG

Timothy Speed